

Handwerk zu sichern, sind **Einzelhandelsbetriebe mit innenstadtschädlichem Sortiment** in Gewerbegebieten konsequent über **Bebauungsplanfestsetzungen** auszuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zu Ziff. I. wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der abweichende Beschluss zu Ziff. II. wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. III. wird mit 26 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. IV. wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. V. wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
 Stadtrat Noz (entschuldigt)
 Stadträtin Voigt (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Stadtrat **Herrmann** darauf hin, dass seine Fraktion beantrage, den Tagesordnungspunkt 5, Bebauungsplan „Schönbeinstraße Süd“ Nr. 026/09, in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zurückzuverweisen.

OBM **Spec** bittet darum, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 5 zu stellen.

Sodann ruft OBM **Spec** den Tagesordnungspunkt 1 zur Beratung auf.

BM **Ilk** erinnert an die Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und verweist auf den abweichenden Empfehlungsbeschluss, der den Mitgliedern des Gemeinderates in Form der Vorl. Nr. 097/14 vorliege. Anschließend schildert er kurz die Änderungen in den Ziff. I., II. und III. des Beschlussvorschlages.

Frau **Dr. Mayer-Dukart** (FB Stadtplanung und Vermessung) geht auf die Grundzüge der vorgeschlagenen Fortschreibung des Konzeptes ein, das zu den wichtigsten übergeordneten Planungsinstrumenten gehöre. Nachdem in der Vergangenheit bereits sehr gute Erfahrungen gemacht worden seien, solle das Konzept nun fortgeschrieben werden. Die Fortschreibung sei insbesondere aufgrund der Veränderungen in der Wilhelmgalerie und im Marstall-Center sowie aufgrund der gestiegenen Konkurrenzsituation notwendig. Darüber hinaus nennt sie die wichtigsten Ziele des Konzeptes, welches eine Leitlinie darstelle und trotzdem noch Raum für flexible Entscheidungen lasse.

Stadtrat **Meyer** hält es für wichtig, dass regelmäßig zu dem Konzept berichtet und die

Zielerreichung überprüft werde. Der Bericht zeige Stärken und Schwächen auf, die in Zukunft berücksichtigt werden müssen. Die Änderung der Ziff. I. hinsichtlich einer Kenntnisnahme begrüße seine Fraktion, da die einzelnen Empfehlungen vor einer Umsetzung im Detail diskutiert werden müssten. Nach Meinung der CDU-Fraktion sollten zunächst die gewachsenen Strukturen, vor allem in den Stadtteilen, gestärkt werden bevor neue Einzelhandelsstandorte „auf der grünen Wiese“ geplante werden. Er könne der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Liepins** schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an und betont, dass die Nahversorgung im Bereich der Lebensmittel in den Stadtteilen wichtig sei. Außerdem erinnert sie daran, dass bereits vor einigen Jahren ausführlich über den Ergänzungsstandort diskutiert worden sei. Im Namen ihrer Fraktion stellt sie klar, dass die Kleingartenanlage Frommannkaserne selbstverständlich erhalten bleiben solle. Der Ergänzungsstandort, der nicht parzellenscharf sei, solle in dem Beschlussvorschlag erhalten bleiben, da es später schwierig sei, einen neuen Ergänzungsstandort in die Regionalplanung aufzunehmen.

OBM **Spec** bestätigt, dass der Ergänzungsstandort nördlich der Schwieberdinger Straße nicht auf die Kleingartenanlage fokussiert sei. Der Ergänzungsstandort sei lediglich eine Planungsoption, ohne dass damit eine konkrete Absicht verbunden sei.

Stadtrat **Weiss** führt aus, dass gemäß des Gutachtens der Einzelhandel in den letzten Jahren geschwächt worden sei. Deshalb sollten Fachmarkstandorte voran getrieben werden sollten. Dies sei jedoch an zentralen Standorten sinnvoller als peripher. Er weist darauf hin, dass zwischen dem Breuningerland und dem Einzelhandel in der Innenstadt unterschieden werden müsse und die Prämisse „city first“ richtig sei. Sorgen bereite ihm der Funktionswandel im Bereich Eberhardstraße, Leonberger Straße und nördliche Kirchstraße, der auch durch den Leerstand des Marstall-Centers erfolgt sei. Seines Erachtens seien in der Innenstadt mit Marstall-Center genug Parkmöglichkeiten vorhanden, sodass eine Tiefgarage im Bereich des Arsenalplatzes nicht sinnvoll sei. Seine Fraktion könne der Vorl. Nr. 097/14 zustimmen.

Stadträtin **Steinwand** berichtet, dass ihre Fraktion mit der Verwaltungsvorlage (Vorl. Nr. 052/14) einverstanden gewesen sei und sie die Abänderungen durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt als nicht sinnvoll ansehe. Die Situation in der Innenstadt mit Marstall-Center müsse in Verbindung mit der angefragten Erweiterung des Breuningerlandes betrachtet werden. Vor dem Jahr 2020 könne nicht über eine Erweiterung nachgedacht werden. Die Fortschreibung des Konzeptes sei sinnvoll und richtig.

Stadtrat **Dr. Jordan** informiert, dass seine Fraktion mit dem Großteil der Vorlage einverstanden sei. Allerdings sei er mit der Festlegung des Ergänzungsstandortes nicht einverstanden, da eine Bebauung im Bereich der vorhandenen Kleingärten nicht unterstützt werden könne. Die FDP-Fraktion könne deshalb der Ziff. III. des Beschlussvorschlages nicht zustimmen und bitte um getrennte Abstimmung.

Stadträtin **Burkhardt** führt aus, dass der Erhalt der Einzelhandels- und Funktionsvielfalt in der Innenstadt sowie der Erhalt des Erlebnischarakters besonders wichtig seien. Außerdem sollten Branchenlücken beseitigt und die Nahversorgung in den Stadtteilen weiterentwickelt werden. Eine Umsetzung des Konzeptes im Flächennutzungsplan könne sie, abgesehen von der genannten Flexibilität, begrüßen. Darüber hinaus sei die Sicherung bestehender Gewerbeflächen besonders wichtig. Das Sortimentskonzept sei außer den Empfehlungen zum Möbelangebot nachvollziehbar. Dem Ergänzungsstandort könne sie im Gebiet der Kleingartenanlage nicht zustimmen.

Frau **Dr. Mayer-Dukart** bringt vor, dass der Ergänzungsstandort bewusst nicht parzellenscharf ausgewiesen sei und dieser lediglich eine Option für die regionalplanerische Perspektive sei. Selbstverständlich hätten die Innenstadt und die zentralen Lagen in den Stadtteilen Priorität.

Stadträtin **Klett-Heuchert** unterstreicht, dass ihre Fraktion schon immer gegen diesen Ergänzungsstandort gewesen sei. Auch die Festlegung einer Option könne sie nicht unterstützen,

weil dort eine Klimaschneise sei, sodass ihre Fraktion die Ziff. III. ablehnen werde.

Stadtrat **Kemmerle** erklärt, dass er die Grundzüge der Vorlage für sehr sinnvoll halte. Der Ziff. III. des Beschlussvorschlages könne er allerdings nicht zustimmen.

OBM **Spec** hebt hervor, dass in den letzten Jahren alle Akteure intensive Anstrengungen für eine Weiterentwicklung des Einzelhandels unternommen hätten. Dem erbitterten Verdrängungswettbewerb hätte die Ludwigsburger Innenstadt standhalten können. Der Wettbewerbsdruck in der Region Stuttgart sei bereits sehr groß und würde weiter steigen. Der Einzelhandel in der Innenstadt müsse z. B. durch die Revitalisierung des Marstall-Centers oder die Aufwertung des städtebaulichen Umfelds weiterentwickelt werden.

Auf Anregung von Stadtrat **Gericke** schlägt OBM **Spec** vor, bei der Ziff. II des abweichenden Empfehlungsbeschlusses den Passus „mit folgendem Inhalt“ zu streichen. Nachdem sich die Mitglieder des Gemeinderates einmütig für diese Änderung aussprechen, wird der Beschlussvorschlag entsprechend abgeändert.

Abschließend lässt OBM **Spec** unter Berücksichtigung dieser Änderung über die Vorl. Nr. 097/14 abstimmen.

TOP 2

Ludwigsburg Museum Tätigkeitsbericht 2013 Gebührenordnung 2014 Personalentwicklung 2015

Vorl.Nr. 068/14

Beschluss:

1) Der Gebührensatzung des Ludwigsburg Museums, gültig ab dem 01.04.2014 wird in der Fassung der Anlage 2 zur Vorl. Nr. 068/14 zugestimmt.

2) *keine Abstimmung*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziff. 1 wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Ziff. 2 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 068/14 wird nicht abgestimmt, da diese bereits abschließend im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beraten und abgestimmt wurde.

Nicht anwesend: Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Noz (entschuldigt)
Stadträtin Voigt (entschuldigt)

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft die Vorl. Nr. 068/14 zur Beratung auf. Er führt aus, dass in der Sitzung des

Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 11.03.2014 bereits eine ausführliche Beratung mit Würdigung der Tätigkeiten des Ludwigsburg Museums erfolgt sei. Aus Sicht der Verwaltung könne deshalb auf weitere Ausführungen zum Tätigkeitsbericht verzichtet werden. Die Ziff. 2 des Beschlussvorschlages sei bereits abschließend durch den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beschlossen worden, so dass in der heutigen Sitzung lediglich die Ziff. 1 zur Gebührenordnung beschlossen werden müsse. Bezüglich der Personalentwicklung stellt er klar, dass es sich lediglich um die Entfristung von bereits vorhandenen und finanzierten Stellen handle. Diese Stellen seien, z. B. aufgrund der hohen Anzahl von Besucherinnen und Besucher, weiterhin erforderlich.

Das Gremium verzichtet einmütig auf Sachvortrag und Aussprache.

OBM Spec lässt über die Ziff. 1 der Vorl. Nr. 068/14 abstimmen.

TOP 3

Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule - Neugründung

Vorl.Nr. 065/14

Beschluss:

1. Dem Antrag auf Einrichtung einer neu zu gründenden Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2015/2016 wird zugestimmt.
2. Die Stadt Ludwigsburg erklärt, dass die Voraussetzungen der räumlichen und sächlichen Ausstattung zur Gewährleistung aller Bildungsstandards, der Inklusion und des Ganztagesbetriebs vorliegen bzw. geschaffen werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für den Betrieb der Gemeinschaftsschule zum Haushalt 2015 anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zu Ziff. 1 wird mit 30 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. 2 und Ziff. 3 wird mit 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Noz (entschuldigt)
Stadträtin Voigt (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die Vorl. Nr. 065/14 und die intensive Vorberatung in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales. Mit dieser Vorlage könnte der Antrag zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule gestellt werden, mit der die Angebote in der Innenstadt ergänzt werden könnten. Außerdem bedankt er sich bei allen Beteiligten, die bei der Erstellung des Konzeptes gearbeitet hätten.

Stadtrat **von Stackelberg** bittet um getrennte Abstimmung der Ziff. 1 des Beschlussvorschlages.

Stadtrat **Dr. Vierling** appelliert an die SPD-Fraktion, dass diese die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule unterstützen solle. Hierbei handle es sich um ein sehr hoch angesiedeltes Projekt der Schulpolitik, welches auf eine klares Bekenntnis der großen Parteien und Fraktionen angewiesen sei.

Stadtrat **Daferner** weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung lediglich eine kommunalpolitische Sachentscheidung erforderlich sei und keine Bewertung der Landespolitik erfolgen solle. Seine Fraktion sei, außer bei Ziff. 1 des Beschlussvorschlages, einer Meinung.

Stadtrat **von Stackelberg** stellt klar, dass er lediglich um getrennte Abstimmung gebeten habe. Seine Fraktion habe grundsätzlich nichts gegen die Gründung einer Gemeinschaftsschule einzuwenden. Außerdem erinnert er daran, dass der erste Antrag zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule von der SPD-Fraktion gestellt worden sei.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 065/14 abstimmen.

TOP 4	Generalsanierung Goethe-Gymnasium, Seestraße 37 / Alleestraße 30	Vorl.Nr. 046/14
	- Entwurfs- und Baubeschluss	
	- Ausweichquartier	

Beschluss:

- 1.) Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und die Umsetzung der Generalsanierung der Schulgebäude Seestraße 37 und Alleestraße 30, auf Grundlage der Kostenberechnung vom 20.02.2014, mit Baukosten in Höhe von 23,27 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (KG 200, 300, 400 + 700).
- 2.1) Der Vergabe der weiterführenden Planungsstufen an die beauftragten Planungsbüros mit Anpassung der Honorare auf der Grundlage der vorliegenden Kostenberechnung vom 20.02.2014 gemäß der aktuellen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure wird zugestimmt.
- 2.2) Der Vergabe der umwelttechnischen Beratungsleistungen für die Schadstoffsanierung an die ITUS GmbH & Co.KG, Ingenieure im Tiefbau und Umweltschutz in Höhe von 60.000 EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Noz (entschuldigt)
Stadträtin Voigt (entschuldigt)

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorl. Nr. 046/14 und deren Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Stadtrat **Dr. Vierling** möchte wissen, ob die Räume des Goethe-Gymnasiums hinsichtlich möglicher Schadstoffe untersucht worden seien und mit welchem Ergebnis.

BM **Iik** sagt zu, dass die Verwaltung dazu im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichten werde.

Sodann lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 046/14 abstimmen.

TOP 5

**Bebauungsplan "Schönbeinstraße Süd" Nr. 026/09
- Aufstellungsbeschluss**

Vorl.Nr. 054/14

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft den Tagesordnungspunkt zur Beratung auf und erinnert an den Vertragungsantrag der CDU-Fraktion, der vor Eintritt in die Tagesordnung angekündigt worden sei.

Stadtrat **Herrmann** stellt den Antrag, die Beratung dieses Verhandlungsgegenstandes zu vertagen. Seine Fraktion befürworte die Aufstellung eines Bebauungsplanes, deren weitere Beratung in der BTU-Sitzung am 03.04. und in der Sitzung des Gemeinderates am 29.04.2014 erfolgen könne. Eine ausführliche inhaltliche Begründung werden im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen.

BM **Iik** schildert die derzeitige Situation in diesem Bereich und die Erforderlichkeit eines Bebauungsplanes. Der Verwaltung liege eine Bauvoranfrage vor, die nach der aktuellen Rechtslage abgelehnt werden müsse. Aufgrund der gesetzlichen Frist müsse die Bauvoranfrage bei einer Vertagung abgelehnt werden.

Stadtrat **Glasbrenner** berichtet, dass im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt Missverständnisse entstanden seien, über die nochmals in Ruhe diskutiert werden müsse.

Stadtrat **Juraneck** erklärt im Namen seiner Fraktion, dass diese heute über den Aufstellungsbeschluss in Form des abweichenden Empfehlungsbeschlusses abstimmen könne.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Gericke** berichtet Stadtrat **Herrmann**, dass sich die CDU-Fraktion für eine stärkere Fokussierung auf die Wohnnutzung ausspreche. Seiner Meinung nach müsse dieser Bebauungsplan nochmals gründlich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werden.

Abschließend lässt OBM **Spec** über den Vertragungsantrag von Stadtrat Herrmann abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Noz (entschuldigt)
Stadträtin Voigt (entschuldigt)

Ja 32 Nein 4 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft die Vorl. Nr. 072/14 zur Beratung auf und erinnert an die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt.

Die Mitglieder des Gemeinderates verzichten einmütig auf einen Sachvortrag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt folgende Wortmeldung zu Protokoll:

Ich möchte meine Ablehnung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens begründen: Das Vorhaben Weinmüller stimmt nicht mit den Zielvorstellungen für den Bebauungsplan Hundshalde überein, der für die Aussiedlung von mittelständischem Gewerbe aus Innerortslagen beschlossen wurde. Die Höhenentwicklung berührt die Grundzüge der Planung, wie in der Vorlage der Verwaltung nachzulesen ist. Zu den Umweltauswirkungen, die auch in einem beschleunigten Verfahren berücksichtigt werden müssen, gibt es weder Untersuchungen noch klare Aussagen. Auch entstehende Verkehrsprobleme, über die wir heute nur Prognosen hören, gehören zu den Umweltauswirkungen. Die Entfernung fast des gesamten wertvollen Grünbestandes an der Markgröninger Straße im Winter 2014 gehört zu den Merkwürdigkeiten dieser Planung. Der Grünbestand war Ersatz für die nicht durchgeführte Dachbegrünung im Baugebiet Hundshalde. Die Stadt hat diese Begrünung bezahlt und die Entfernung hat mit Pflegemaßnahmen aber überhaupt nichts zu tun. Der Vorhabenträger muss alle erforderlichen Gutachten, zum Beispiel zum Thema Verkehr, beibringen. Wir haben bisher noch keine Gutachten zu diesem Thema gesehen. In den ersten Diskussionen vor zwei Jahren hat die Subventionierung des Baulandpreises eine gewichtige Rolle gespielt. Mir ist keine Vorlage bekannt, in der eine Änderung dieser Tatsache enthalten ist. Lediglich die Kosten der Zufahrt und der Planung muss der Vorhabenträger jetzt bezahlen.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 072/14 abstimmen.